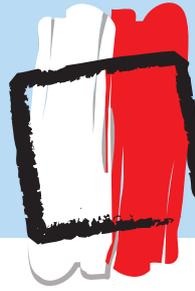


FPÖ



Dialog

Mail 2018



Heimat. Zukunft. Schwertberg.



**Asylwerber
in Lehre**

Seite 2



**Nachmittags-
betreuung**

Seite 5



**Turnsaal-
sanierung**

Seite 6



Bild: pixabay.com, CCO

Neuer Schmäh:

Asylwerber in Lehre

Die Gemeinderäte beschäftigt derzeit die Resolution „Ausbildung statt Abschiebung“ des grünen Landesrates Rudi Anschöber. Die Forderung: Asylwerber, die während ihres Asylverfahrens eine Lehre begonnen haben, sollen auch im Fall eines negativen Asylbescheids nicht mehr abgeschoben werden.

Zum Glück ist Österreich ein Rechtsstaat. Über Aufenthalt und Bleiberecht entscheiden bei uns unabhängige Gerichte, nicht private Firmen. Überraschende Unterstützung bekommt die Resolution jedoch vom Wirtschaftsbund und Teilen der ÖVP. Der Grund: Manche Unternehmen suchen dringend „Fachkräfte“ und glauben dieselben in den Flüchtlingen finden zu können.

Doch der Mangel an Fachkräften ist hausgemacht. Jahrzehntlang haben die Unterstützer der Resolution die offensichtlichen Fehlentwicklungen trotz Regierungsverantwortung geschehen lassen und wollen jetzt den Fachkräftemangel mit billigen Asylwerbern stopfen als

mit teuren Einheimischen, die von ihrem Gehalt ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen.

Dass man damit außerdem ein falsches Signal für noch mehr unerwünschte Zuwanderung setzt und den Missbrauch des Asylrechts sogar noch belohnt, spielt da schon gar keine Rolle mehr. Der türkise Kurs hat sich offenbar noch nicht bis ins schwarze Schwertberg herumgesprochen.

Eine reine Symptombekämpfung mit neuen Fehlentscheidungen ist der falsche Weg. Es gilt, die Versäumnisse der Vergangenheit an der Wurzel zu packen und gemeinsam mit der ÖVP in Bund und Land wichtige Reformen umzusetzen,

was zielführender sein dürfte als die Anbietung an die geplatzten grünen Asylräume. Wie wäre es damit:

- ✓ Schnellere Asylverfahren
- ✓ Attraktivierung der Lehre für Jugendliche, Image verbessern
- ✓ Aufwertung von Mangelberufen
- ✓ Abbau überflüssiger Bürokratie
- ✓ Senkung der Abgabenlasten, damit Konsumenten mehr Geld bleibt und Unternehmer leichter investieren können

Wir wollen Chancen für unsere Jugend statt Zuwanderung und Verdrängung!

In Schwertberg hat nur die FPÖ die Resolution „Ausbildung statt Abschiebung“ abgelehnt.



Die Wirtschaftskammer läuft den abgewählten Grünen hinterher.

Schwertberg will Asylwerber behalten?

Liebe Schwertberger Bürger!

Ob ein Asylwerber auch asylberechtigt ist wird in den Behörden penibel genau geprüft. Oft fehlen die Dokumente, eine Alters- und Herkunftsbestimmung ist sehr aufwändig. Der Informationsaustausch mit Herkunftsländern erweist sich als schwierig. Liegt dann eine negative Entscheidung vor, dann wird diese von einigen Organisationen (NGOs) gerichtlich bis zur letzten Instanz bekämpft. Damit wird das Verfahren so lange wie nur möglich hinausgezögert.

Erst wenn durch dieses langwierige und kostenintensive Verfahren festgestellt wird, dass der Asylwerber keine Berechtigung auf Asyl hat, wird der entsprechende Bescheid rechtskräftig. Hiermit ist also klar, dass der Asylwerber im Heimatland nicht verfolgt wird, und somit auch

nicht als Flüchtling nach der Genfer Konvention gilt. Der Asylwerber wird aufgefordert bis zu einer bestimmten Frist das Land freiwillig zu verlassen. Tut er das nicht, muss wie bei jedem anderen Vergehen der Staat eingreifen, und den somit unrechtmäßig aufhältigen Asylwerber in sein Heimatland bringen.

Jetzt greift die Verhinderungstaktik der Grünen ein. Mit Resolutionen wie dieser in Schwertberg möchten sie Druck aufbauen, damit auch unrechtmäßig aufhältige Asylwerber weiter in Österreich bleiben. Das Ziel der Grünen dürfte sein, alle unberechtigt aufhältigen Asylwerber in unserem Land zu behalten.

Dass aber gerade die ÖVP, die auf Bundesebene eine andere Linie vertritt, den Antrag der Grünen unterstützt, hat uns besonders überrascht. Wir sind der Meinung, dass wir ge-



Ing Paul Kashofer
Gemeinderat

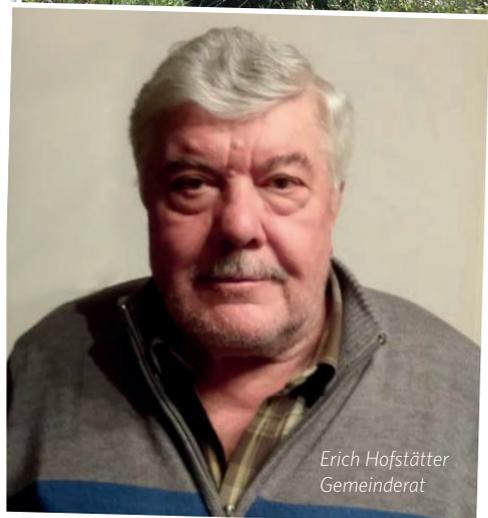
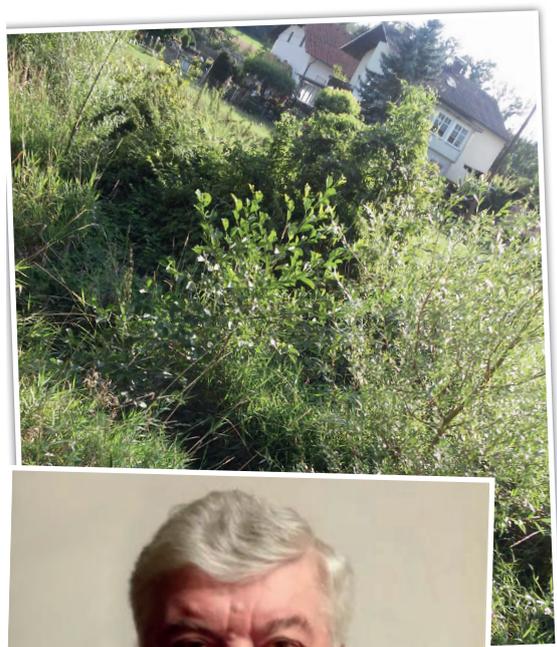
nug arme Menschen im eigenen Land haben. Für österreichische Obdachlose wird kein so großer Aufwand betrieben, wie für die Asylwerber. Verlassen können sie sich, lieber Schwertberger Bürger, nur auf die Freiheitlichen.

Sie können aber etwas gegen diesen Missstand unternehmen: Wählen sie bei der nächsten Wahl auch in Schwertberg die FPÖ.

Ing. Kashofer Paul
Gemeinderatsmitglied



Asylberechtigt oder nicht, für die Grünen spielt das anscheinend keine große Rolle. Sie wollen alle „Geflüchteten“ im Land behalten.



Erich Hofstätter
Gemeinderat

Räumung Poneggenbach

In einem Lokalaugenschein haben wir Freiheitlichen Gemeinderäte festgestellt, dass der Poneggenbach mit 1 1/2 m hohen Gräsern sowie mit Sträuchern stark verwachsen ist. Dadurch ist das Bachbett bei Starkregen beeinträchtigt, womit nicht mehr gewährleistet ist, dass das Wasser ausreichend abfließen kann.

Deshalb haben wir Freiheitlichen einen Antrag im Gemeinderat eingebracht, den Poneggenbach vom Rückhaltebecken bis zur Aistmündung zu räumen. Damit soll sichergestellt werden, dass bei Starkregen der Schutz der Anrainer gegeben ist. Durch unsere Initiative wurde dieses Projekt auch in Angriff genommen.

Leider gibt es noch immer viele stark verwachsene Bachabschnitte

die noch dringend geräumt werden müssen.

Die bürokratischen Hindernisse sind jedoch massiv.

Tatsache ist, dass für die Räumung des Poneggenbaches 3 verschiedene Verbände zuständig sind, einfach unfassbar!

- 1) Wildbach-Verband
- 2) Gewässerbezirk Linz
- 3) Hochwasserschutzverband Schwertberg-Süd

Wir fordern hiermit den Bgm. Max Oberleitner auf, den Druck auf die 3 Verbände noch einmal zu erhöhen, damit bis Ende 2018 dieses Projekt endlich abgeschlossen werden kann.

Erich Hofstätter
Gemeinderatsmitglied

Smart Meter

In der letzten Gemeindezeitung haben wir bereits auf die Problematik bezüglich Smartmeter hingewiesen. Viele Bürger und Initiativen wenden sich gegen den Einbau von sogenannten „Intelligenten Messgeräten“ beziehungsweise „SmartMeter“.



Johann Leibetseder
FPÖ-Ortsparteiombann

Im ELWOG steht dazu diesbezüglich im §83: Im Rahmen der durch die Verordnung bestimmten Vorgaben für die Installation intelligenter Messgeräte hat

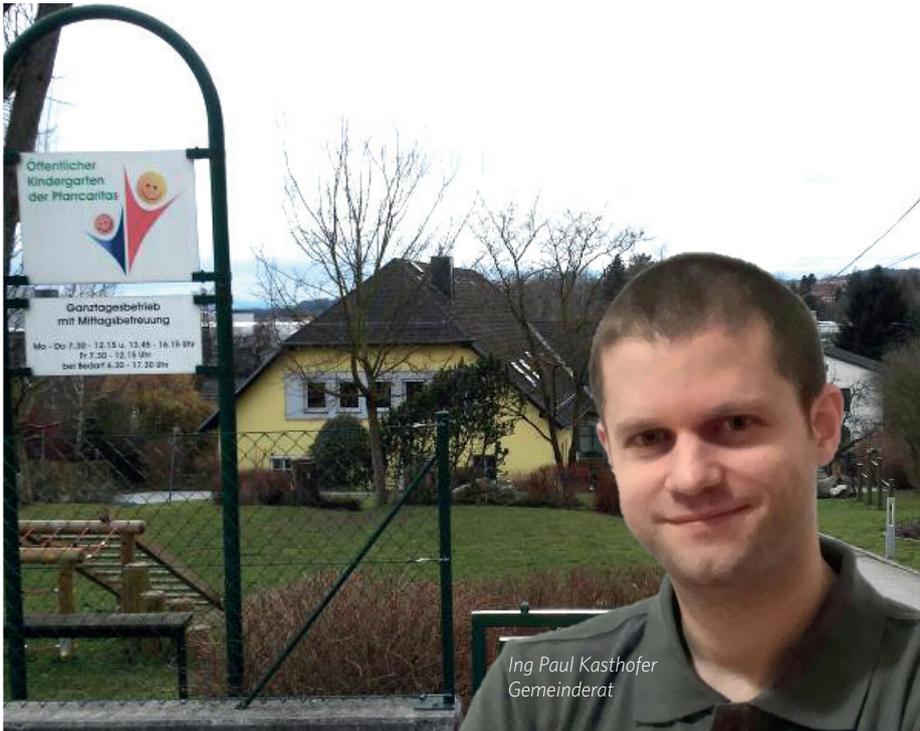
der Netzbetreiber den Wunsch des Endverbrauchers, kein intelligentes Messgerät zu erhalten, zu berücksichtigen.

Aufgrund des vorstehenden Sachverhaltes kann angenommen werden, dass man ein „Intelligentes Messgerät“ somit ablehnen kann.

Die Ärztekammer warnte in einer Pressekonferenz im Februar 2012 vor dem Einbau des SmartMeters, da mögliche gesundheitliche Folgen durch den entstehenden Elektromog nicht ausreichend erforscht sind.

Aber auch in Bezug auf den Datenschutz müssen diese Geräte kritisch betrachtet werden. Denn diese Messgeräte speichern alle 15 Minuten die Stromverbrauchsdaten. Daraus ließe sich zum Beispiel herauslesen, ob, und wie viele Menschen in einem Haushalt wohnen. Die Speicherung dieser Daten kann vom Kunden jedenfalls mit der sogenannten „Opt-Out“ Klausel verhindert werden. Dazu können entsprechende Formulare und Informationen von der Internetseite der Arbeiterkammer unter www.arbeiterkammer.at bezogen werden.

Johann Leibetseder
Obmann FP Schwertberg



Ing. Paul Kashofer
Gemeinderat

Nachmittagsbetreuung

In der Gemeinderatssitzung vom Februar wurde von der SPÖ ein Antrag für ein entlastendes Tarifmodell bezüglich Nachmittagsbetreuung eingebracht.

Natürlich wurde diese Gelegenheit von SPÖ und Grünen benutzt, um unangebrachte Kritik an der neuen Bundesregierung zu üben, diese würde die Familien belasten. Dieser falsch dargestellte Sachverhalt wurde von uns im Gemeinderat jedoch umgehend richtiggestellt.

Denn gerade für uns Freiheitliche ist die Stärkung der Familien ein Herzensanliegen. Deshalb hat die neue Bundesregierung erst im Jänner den umfangreichen „Familienbonus Plus“ beschlossen, mit dem Familien um bis zu 1500€ im Jahr für jedes Kind entlastet werden sollen. Für diese Maßnahme werden zukünftig etwa 2 Milliarden Euro jedes Jahr investiert. Damit sind wir auf dem Weg, zum familienfreundlichsten Land Europas zu werden.

Im Gegenzug wurden Regelungen, die einen riesigen bürokratischen Aufwand verursachen, wieder entschärft. Denn die finanzielle Unterstützung soll nicht in der Bürokratie versinken, sondern bei den Familien ankommen.

Der Antrag der SPÖ wird hingegen ausschließlich jenen Familien zugute kommen, die bereit sind, ihre Kinder in den Betreuungseinrichtungen abzugeben. Dieser Antrag wurde im Gemeinderat von SPÖ und ÖVP gemeinsam angepasst. Es soll also erst eine Evaluierung dieser Maßnahme stattfinden. Bei diesem Antrag gab es auch die Zustimmung der FPÖ.

Ing. Paul Kashofer
Gemeinderatsmitglied



Werde aktiv.

**Deine Heimat
braucht Dich!**

Jetzt.

Bitte leserlich und in
Blockbuchstaben ausfüllen.

www.fpoe-ooe.at

Vorname

Nachname

Adresse

Telefon

E-Mail

Ausgefüllte Karte bitte an: FPÖ-Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4041 Linz
- oder bei einem FPÖ-Lokalpolitiker abgeben.

FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI



Hofrat DI Dr. Robert Schmidt
FPÖ- Fraktionsobmann

Turnsaalsanierung

Betreffend der Turnsaalsanierung möchten wir Ihnen einige aktuelle Neuigkeiten mitteilen.

In einer vergangenen Gemeinderatssitzung wurde Baumeister Boris Maier (Mitglied des Gemeinderats) mit der Bauaufsicht beauftragt. Tatsächlich hat man in diesem Fall diese Bauaufsicht unabhängig vom Projektanten vergeben, was von uns als positives Signal aufgenommen wurde.

Während der laufenden Arbeiten haben sich jedoch Veränderungen gegenüber dem Projekt ergeben:

- Wassereintrich
- Feuchtigkeit an Wänden
- Zusätzliche Malerarbeiten
- Zusätzliche Fliesenverlegungen
- Feuermauer

Grundsätzlich muss im Bezug auf den Brandschutz der Übergang zu

anliegenden Objekten beachtet werden. Es muss also als Brandschutz unter anderem eine sogenannte Feuermauer ausgeführt werden. Diese Maßnahme muss besonders beachtet werden, da hier Gefahr in Verzug besteht, und diese wäre vom Projektanten bei der Projekterstellung zu berücksichtigen gewesen.

Bei weiteren Zusatzkosten, wie zusätzliche Malerarbeiten und Fliesenverlegungen ist zu prüfen, ob diese Änderungen von Seite der Gemeinde beauftragt wurden, oder ob diese aufgrund fehlerhafter Projektierung notwendig wurden.

In Bezug auf den Wassereintrich kann festgehalten werden, dass es ein Ereignis durch den Projektanten nicht vorhersehbar sein kann, und daher unter den Begriff als „höhere Gewalt“ zu definieren ist.

Abschließend muss dazu auf den Prüfungsbericht der BH Perg vom Dezember 2016 hingewiesen werden:

- Der Abgang im außerordentlichen Haushalt widerspricht den Bestimmungen des §8 OÖ GemHKRO.
- Es wird auf §80 Abs. 2 OÖ GemO 1990 hingewiesen, wonach Vorhaben nur insoweit begonnen und fortgeführt werden dürfen, als die dafür im laufenden Haushaltsjahr vorgesehenen Einnahmen vorhanden oder rechtlich und tatsächlich gesichert sind.

Hofrat DI. Dr. Schmidt Robert
Fraktionsobmann

Unsere letzten Veranstaltungen und Aktivitäten:

16.09.2017:

Wanderung auf den Weltstein



17.02.2018:

Kegeln im Gasthaus
Rechberger



1.-3.12.2017:

Weihnachtsstand am
Marktplatz Schwertberg



Kriminalstatistik 2017:



Jeder dritte Tatverdächtige ist Ausländer

Die Kriminalstatistik 2017 zeigt: Noch nie konnte die Polizei in OÖ so viele Straftaten aufklären, mit fast 59 Prozent gibt es die zweithöchste Aufklärungsquote und somit steht die Identität der Verdächtigen fest. Im Vergleich dazu liegt österreichweit die Aufklärungsquote bei 50,1 Prozent.

„Dieses historisch höchste Ergebnis ist dem vorbildlichen Einsatz der Exekutivbeamten im Land zu verdanken“, danken Landeshauptmann-Stellvertreter, Dr. Manfred Haimbuchner und Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek den Polizisten, „die mit großem Engagement tagtäglich ihre Arbeit leisten.“

Die Exekutive konnte im Jahr 2017 28.426 Tatverdächtige ausforschen. Davon waren 13.196 ausländische Staatsbürger. Die häufigste Anzeigen kassierten Rumänen, gefolgt von Deutschen und Türken. Besonders markant und auffallend ist der Umstand, dass bei den Straftaten im letzten Jahr es die Afghanen von Null auf Platz vier in die Gesamtstatistik geschafft haben. „Mehr als deutlich zeigt sich, dass bei dieser Personengruppe auch ein Import von Kriminalität

und Gesetzesbruch stattgefunden hat. Dieser Asylantenkriminalität will Innenminister Herbert Kickl zu Recht konsequent etwa durch verstärkte Abschiebungen, Ausbau der Schubhaftmöglichkeiten, stär-

kerer Suche nach Illegalen an bekannten Hot-Spots begegnen. Und es ist absolut nicht verständlich, dass die linke Opposition damit auffällt, einen Abschiebestopp nach Afghanistan zu fordern“, kritisiert Haimbuchner.

Die Delikte, die Ausländern am häufigsten zur Last gelegt werden: ■ Diebstähle, ■ Suchtmitteldelikte und ■ (leichte bzw. schwere) Körperverletzungen. Stark rückgängig waren laut vorliegenden Zahlen die Autodiebstähle, auch Einbrüche in Wohnungen und Häuser gingen zurück – was auch an der immer besseren Eigenheimsicherung liegt. Mit 14,8 Prozent ist die Aufklärungsquote bei Einbrüchen jedoch sehr bescheiden, knapp 30 Prozent der Kfz-Diebstähle können gelöst werden.



Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner Landesparteiobmann

Elmar Podgorschek Sicherheitslandesrat

Weiteres Detail: Stark im Kommen ist laut Bericht die Internetkriminalität. Im Steigen waren auch die Wirtschaftsstraftaten.

Wohnen: Förderschiene für Geringverdiener kommt

Eine in OÖ durchgeführte Studie im Auftrag des gemeinnützigen Wohnbauträgers „WS-O“ zeigt auf: Fast zwei Drittel der Befragten ärgern sich über kaum oder nicht leistbare Mieten. Grundsätzlich gibt es bei den Oberösterreichern mit 94 Prozent aber eine hohe Zufriedenheit mit der Wohnsituation.

FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner arbeitet jetzt an einer Lösung, „damit sich alle Menschen, die 40 Stunden in der Woche arbeiten, eine Wohnung leisten können. Die Qualität der Wohnung soll hoch bleiben, aber unnötige Normen, die zu Verteuerungen führen, sollen abgeschafft werden.“

Laut Statistik Austria ist der Anteil der

Wohnkosten an den verfügbaren Einkommen bei einkommensschwachen Haushalten auf mittlerweile durchschnittlich gut ein Drittel gestiegen. Vor allem Personen, die ein Eigenheim besitzen, beurteilen das Mietniveau als zu hoch. Das sei laut Studienautoren überraschend. 64 Prozent sind der Meinung, dass der gemeinnützige Wohnbau leistbares Wohnen ermöglicht.



„Um für Geringverdiener leistbaren Wohnraum zu schaffen, müssen wir neue Wege gehen und Tabus brechen. Dass das geht, zeigt etwa die Einführung neuer Bauvorgaben. Damit konnte der Preisanstieg gedämpft werden“, so der freiheitliche Wohnbaureferent Manfred Haimbuchner. Ein Problem seien aber die gestiegenen Kosten für Grundstücke im Zentralraum.

Weiteres interessantes Ergebnis: In Linz und Linz-Land wohnen 42 Prozent in Genossenschaftswohnungen, in den Bezirken Gmunden und Vöcklabruck ist es jedoch nur jeder Zehnte. In Vöcklabruck wohnt rund die Hälfte in Einfamilienhäusern, im Zentralraum sind es jedoch weniger als ein Viertel.